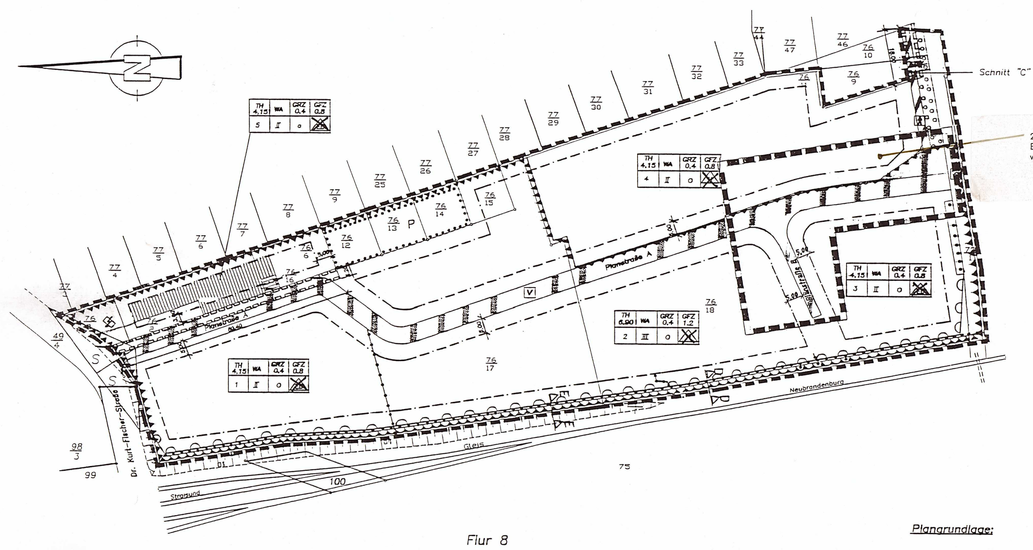
2. Änderung B-Plan Nr. 5.2 „Dr.-Kurt-Fischer-Straße"

SATZUNG UEBER DIE 2. AENDERUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 5.2 WOHNBEBAUUNG "DR. KURT - FISCHER - STRASSE" DER STADT GRIMMEN

Planzeichnung Teil A

Maßstab 1:1000



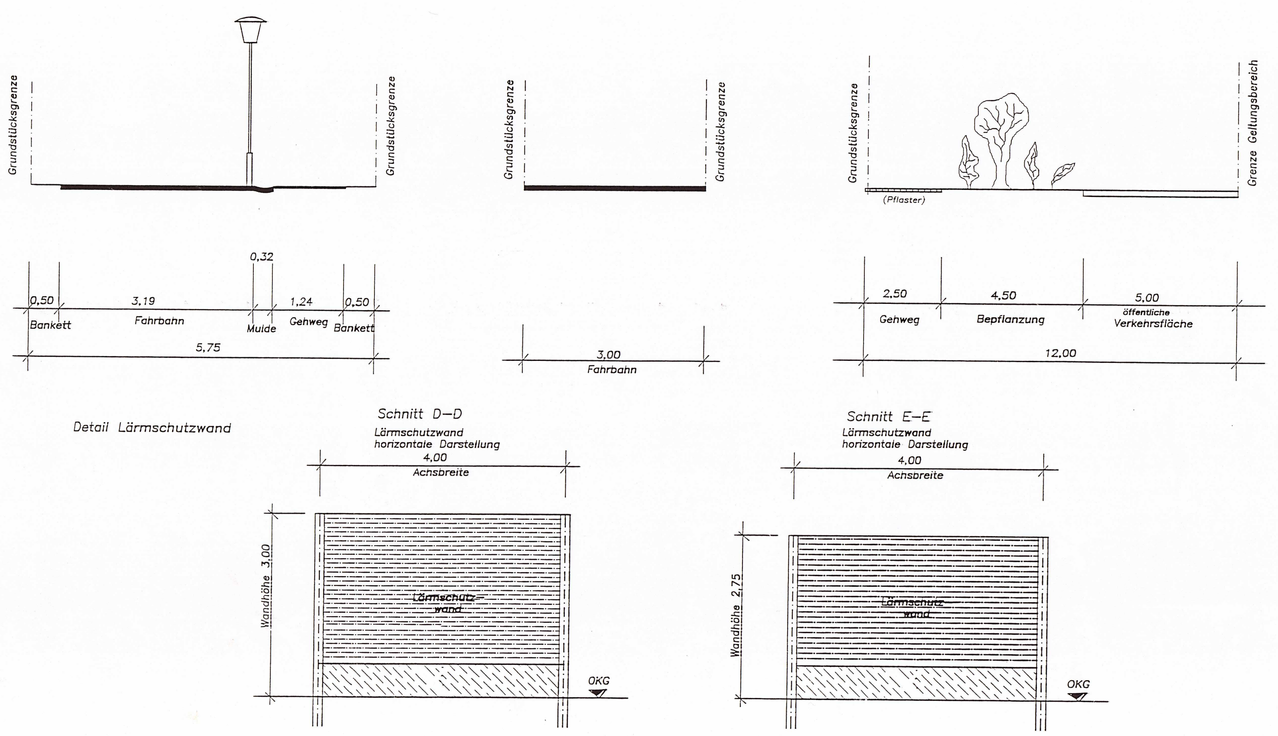
Plangrundlage:

Lage- und Höhenplan und Lageplan Grenzdarstellung und Teilungsvermessung vom

Vermessungsbüro
Dipl.-Ing- Hinrich Möller
Wall 30-32
24103 Kiel

Maßstab: 1:1000
erstellt: Mai 1994

Straßenquerschnitte



Planzeichenerklärung

Planzeichenverordnung v. 18. Dezember 1990

1 Art der baulichen Nutzung

gemäß Paragr. 9 (1) Nr. 1 BauGB i.v.m. Paragr. 4 BauNVO

WA — Allgemeines Wohngebiet für den Geltungsbereich

2 Maß der baulichen Nutzung

gemäß Paragr. 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB, Paragr. 16 bis 20 BauNVO wurde das Maß der baulichen Nutzung wie folgt festgelegt:

GRZ 0,4	Grundflächenzahl
GFZ 0,8	Geschoßflächenzahl
II	Zahl der Vollgeschosse
TH	Traufhöhe

3 Bauweisen, Baugrenzen

Paragr. 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, Paragr. 22 und 23 BauNVO

~~E/D — Einzel- und Doppelhäuser~~

~~A — Hausgruppe~~

1.vereinf. Änderung Beschlußfassung d. SV vom 09.12.98

Baugrenze

o — offene Bauweise

Der Bürgermeister

4 Grünflächen

Paragr. 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Paragr. 9, Abs. 1 Nr. 25 (a) und Abs. 6 BauGB) (wird durch Grundstückszufahrten unterbrochen)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Gewässern (Paragr. 9 Abs. 1, Nr. 25 (b), Abs. 6 BauGB)

5 Verkehrsflächen

Paragr. 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB

Straßenbegrenzungslinie öffentlicher Bereich

Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung

V — verkehrsberuhigter Bereich

öffentliche Verkehrsfläche

Fußgängerbereich

S — Sichtdreiecke

6 Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Paragr. 9 Abs. 7 BauGB

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets (z.B. Paragr. 1 Abs. 4,Paragr. 16 Abs. 5 BauNVO)

Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-immissionsschutzgesetzes (Paragr. 9, Abs. 1, Nr. 24, Abs. 6 BauGB)

Mit Geh,- und Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Paragr. 9, Abs. 1, Nr. 21 und Abs. 6 BauGB) — im südl. Bereich / nördl. Bereich

7 Planzeichen ohne Normcharakter

Bestand Handwerksbetrieb Tischlerei

40/3 — Katastergrenzen

Flurstücksnummer

P — Private Hausgärten

Lärmschutzwand Schalldämmaß 30 dB

1-5 — Baufelder

Trafostation

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches zur 2.Änderung zum Bebauungsplan

Textliche Festsetzungen - Teil B

BauNVO vom 23. Januar 1990
zuletzt geändert am 22. April 1993

1. Art der baulichen Nutzung

Allgemeines Wohngebiet - WA
gemäß Paragr. 4 BauNVO i.v.m. Paragr. 1(6) und (10) BauNVO

1.1 Zulässig sind nach Paragr. 4(2) BauNVO folgende Nutzungen:
1. Wohngebäude
2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schänk- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

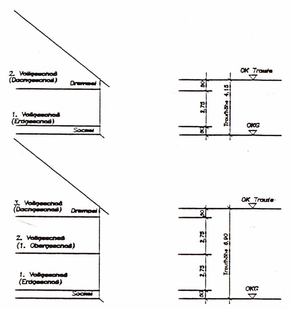
1.2 Ausnahmsweise sind nach Paragr. 4(3) BauNVO folgende Nutzungen zulässig:
1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes
2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

1.3 Die nach Paragr. 4(3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen
1. Anlagen für Verwaltungen
2. Gartenbaubetriebe
3. Tankstellen
sind ausgeschlossen

1.4 Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen des vorhandenen Handwerksbetriebes (Tischlerei) sind nach Paragr. 1 (10) BauNVO ausnahmsweise zulässig.
Bei allen Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen sind die Orientierungswerte gemäß DIN 18005 Teil 1 für Allgemeine Wohngebiete - tags 55 dB, nachts 40 dB - einzuhalten.

2. Maß der baulichen Nutzung

gemäß Paragr. 9 Abs. 1, Nr. 1 BauGB i.v.m. Paragr. 16-20 BauNVO
2.1 Systemuserschnitte durch Wohnhäuser zur Erläuterung



2.2 Bezugspunkt: OK Mitte Straße, Mitte Gebäude

2.3 Die Erdgeschoßfußbodenhöhe ist bis zu 50 cm über OK Bezugspunkt zulässig.

3. Örtliche Bauvorschriften

gemäß Paragr. 86 LBauO vom 26. April 1994

3.1 Dachform für die Hauptgebäude: Satteldach, Walm- und Krüppelwalmdach Dachneigung: 30° - 50°

3.2 Drahtzäune sind nur zulässig in Verbindung mit Heckenbepflanzung.

4. Grünordnerische Festsetzungen

4.1 Die alte Sandbirke (ca. 40 cm STD) an der Tischlerei ist zu erhalten.
Gleiches gilt für die gesschnittene Ligusterhecke am südlichen Rand des Gebietes sowie den Straucharbewuchs entlang der Bahnstrecke.

4.2 Die vorgesehene Lärmschutzwand (entlang Bahnlinie) ist zwischen den vorhandenen Sträuchern und dem Wohngebiet anzuordnen, da hier sehr spärlich bewachsene nordwestliche Abschnitt ist durch eine entsprechende Lückenbepflanzung zu ergänzen.

4.3 Auf den jeweiligen Grundstücken ist vorhandener Gehölzbestand möglichst zu erhalten. Ersatzes ist eine entsprechende Bepflanzung mit einheimischen Laubgehölzen vorzunehmen.
Der Anteil der Grünflächen auf jedem Grundstück soll bei mindestens 10 % liegen.

4.4 Für die Bepflanzungen im Plangebiet sind folgende Gehölzarten vorgesehen:
Bäume: Sommerlinde, Winterlinde, Sandbirke, Bergahorn, Hainbuche, Eberesche
Sträucher: Haselnuß, Liguster, Salweide, Wildrose, Weißdorn, Schlehe (Kornelkirsche),(Schneeeibe),(Alpenjohannisbeere)
Bei Bäumen sind Hochstämme nicht kleiner als 10-12 cm STU zu verwenden.

Bezüglich der Strauchpflanzungen ist eine Pflanzdichte von 1 Pflanze pro m2 (2 x versetzte Reihe) einzuhalten.

4.5 Stellplätze sind nicht zu versiegeln, sondern mit Rasenkammersteinen bzw. Schotterrasen zu befestigen.

4.6 Die erforderlichen landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen müssen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten außerhalb des Plangebietes realisiert werden.
Die hierfür notwendigen Leistungen sind daher in einem entsprechenden städtebaulichen Vertrag zu regeln.

5. Festsetzungen zum Immissionsschutz

5.1 Um den von der Bahntrasse verursachten Verkehrslärm zu dämpfen, ist an der westlichen Grenze des Plangebietes entlang der Bahntrasse eine Schallschutzwand zu errichten. Die Höhe der Schallschutzwand beträgt von der südl. Grenze des Plangebietes aus bis 110 m in nördlicher Richtung 3 m ü. GOK (siehe Schnitt D-D) im weiteren Verlauf bis an die nördl. Plangebietsgrenze beträgt die Höhe der Schallschutzwand 2,50 m über GOK (siehe Schnitt E-E). Das Schalldämmaß der Schallschutzwand beträgt 30 dB.

5.2 In den Baufeldern 1,2 und 3 sind für die Wohnbebauung im 1. Obergeschoß und Dachgeschoß (Immissionsschutzhöhe über 5 m GOK) folgende zusätzliche Schallschutzmaßnahmen notwendig:
a) geeignete Grundrißlösung der Wohnungen (Schlafräume auf der Seite abgewandten Seite)
b) Einbau von Schallschutzfenstern der Schutzklasse 2

5.3 Handwerksbetrieb / Tischlerei
Der Produktionsprozeß der Handwerksbetriebes/Tischlerei, hat grundsätzlich bei geschlossenen Fenstern zu erfolgen. Nachtarbeit ist ausgeschlossen.

6. Regelungen ohne Normcharakter

6.1 Nachrichtliche Festsetzungen:
Während der Bauarbeiten sind aus archäologisch-denkmalpflegerischer Sicht Funde möglich. Wenn während der Erdarbeiten Funde und/oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß Paragr. 11 DSG MV (Nr. 23 vom 28.12.1993, Seite 975 ff) die zuständige Unterer Denkmalbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich hierfür sind der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.
Der Beginn der Erdarbeiten ist der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens 4 Wochen im voraus schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten daß Mitarbeiter des Landesamtes und Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und auftretende Funde gemäß Paragr. 11 DSGMV sachgerecht zu bergen und dokumentieren zu können. Dadurch werden Verzögerungen der Bauarbeiten vermieden. (vgl. Paragr. 11, Abs. 3).

6.2 Geh,- Fahr- und Leitungsrecht
(Paragr. 9, Abs. 1, Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

6.2.1 Der Eigentümer des Grundstücks 76/6 verpflichtet sich, auch zu Lasten seiner Rechtsnachfolger, das Wegerecht zugunsten der Flurstücke Flur 8, Flurstücke 76/9, 76/4- und 77/48 zu gewähren
(Grundlage: Eintragung im Baulastenverzeichnis des Kreises Nordvorpommern vom 28.04.1991, Baulastblatt Nr. 1/007)

6.2.2 Der jeweilige Eigentümer des Grundstücks 76/8 gestattet, auch zu Lasten seiner Rechtsnachfolger, das Wegerecht zugunsten der Grundstücke Flur 8, Flurstücke 76/2, 76/16, 76/8 zu gewähren.
Grundlage: Eintragung im Baulastenverzeichnis des Kreises HVP vom 12.02.1992 Baulastblatt Nr. 1/003)

6.3 Das gesamte Plangebiet liegt innerhalb der Trinkwasserschutzzone III b.

Verfahrensvermerke

Präambel

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 5.2
Wohnbebauung "Dr. Kurt-Fischer-Straße" der Stadt Grimmen

der begrenzt wird nördlich durch die Dr. Kurt-Fischer-Straße, östlich von Wohngebäuden und Gärten, südlich durch Kleingärten und westlich von der Eisenbahnlinie Stralsund - Neubrandenburg.
Das Plangebiet umfaßt folgende Flurstücke: 73/1, ~~74/14~~, 76/1, 76/2 76/6, 76/12, 76/13, 76/15, 76/16 76/17, 76/18

Aufgrund des Paragr. 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBL. I.S 2253), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 08.04.1994 (BGBL. I S. 766) i.v.M.Paragr.246a, Abs. 1 Ziffer 3 BauGB sowie Paragr.1 Abs. 2 des Maßnahmegesetzes zum BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.04.1993 (BGBL. I S. 622) und nach Paragr. 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 26.04.1994 (GVOBl M-V. 1994 S. 518) wird nach Beschlußfassung durch die Stadtvertretung vom 26.06.97 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 5.2, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 04.09.95 . Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom ..... bis zum ..... /durch Abdruck in der (Zeitung/im amtlichen Verkündungsblatt) am 15.09.95 erfolgt.
Grimmen, den 04.07.1997 — Der Bürgermeister

2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß Paragr.246a, Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 BauGB und Paragr.1 Abs. 4 BauGB beteiligt worden.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach Paragr.3 Abs. 1, Nr. 1 BauGB ist am durchgeführt worden./Auf Beschluß der Stadtvertretung vom 07.09.95 ist nach Paragr.3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 24.04.96 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. 24.05.97
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

5. Die Stadtvertretung hat am 11.04.96/15.05.97 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

6. Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom 06.05.96 bis zum 21.05.96 während folgender Zeiten (Dienstsitzen) (Tage, Stunden) nach Paragr.3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am ..... in (Zeitung oder amtliches Verkündungsblatt) ~~bei Bekanntmachung durch Aushang~~ — ortsüblich bekanntgemacht worden.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

7. Der katasternäßige Bestand am 24.11.97 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte und rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1:2000 vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden.
Grimmen, den 24.11.97 — Leiter des/Kataster- und Vermessungsamtes

8. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 26.06.1997 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung geändert worden. Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung in der Zeit vom 09.06.97 bis zum 23.06.97 während folgender Zeiten (Tage, Stunden) erneut öffentlich ausgelegen. (Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden konnten.) Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am ..... in (Zeitung oder amtliches Verkündungsblatt) ~~bei Bekanntmachung durch Aushang~~ — ortsüblich bekanntgemacht worden.
~~Oder:~~
~~Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach Paragr.3 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. Paragr.13 Abs. 2 Satz 2 BauGB durchgeführt.~~
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

10. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 26.06.97 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Stadtvertretung vom 26.06.97 gebilligt.
Grimmen, den 07.07.1997 — Der Bürgermeister

11. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 01.09.1993 Aktenzeichen: ..... erteilt. - mit Nebenbestimmungen und Hinweisen -
Grimmen, den 21.11.1997 — Der Bürgermeister

12. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Stadtvertretung vom ..... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom Aktenzeichen: ..... bestätigt.
Grimmen, den 21.11.1997 — Der Bürgermeister

13. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.
Grimmen, den 21.11.97 — Der Bürgermeister

14. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 04.11.97 im (Zeitung oder amtliches Verkündungsblatt) ~~bei Bekanntmachung durch Aushang~~ in der Zeit vom ..... bis ..... ortsüblich bekanntgemacht worden.
In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (Paragr.215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (Paragr.44,246a, Abs.1, Satz 1, Nr.3 BauGB, zuletzt geändert im Investitionserleichterungs- und Wohnbaugesetz Art. 1, Pkt. 27) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 04.11.97 in Kraft getreten.
Grimmen, den 21.11.1997 — Der Bürgermeister

2. Vereinfachte Änderung zur Satzung

Präambel / Verfahrensvermerke

Aufgrund des §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBL I.S.2141,ber. 1998 I. S. 137), in Verbindung mit § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.Januar 1998 (VOBl. M-V S.29), geändert durch das zweite Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 22. Januar 1998 (GVOBl. M-V S. 78), wird nach Beschlußfassung durch die Stadtvertretung vom 15.09.04 folgende Satzung über die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße" der Stadt Grimmen bestehend aus dem Geltungsbereich der geänderten Planzeichnung (Teil A) für das Gebiet Flur 8; Flurstück 76/18 (teilweise) der Gemarkung Grimmen, erlassen.

1. Aufgestellt nach § 13 BauGB im Verbindung mit den §§ 8 und 9 BauGB auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 06.12.00 Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im amtlichen Anzeiger Grimmen am 21.12.00 erfolgt.
Grimmen — Der Bürgermeister

2. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 13.3.01 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Grimmen — Der Bürgermeister

3. Die Stadtvertretung hat am 29.10.00 den Entwurf der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt -Fischer - Straße" der Stadt Grimmen mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Grimmen — Der Bürgermeister

4. Der Entwurf der Satzung zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße" der Stadt Grimmen, bestehend aus dem Text, sowie die Begründung haben in der Zeit vom 08.01 bis 22.01 während der Dienststunden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 20.12. ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Entwurf der Satzung zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße" der Stadt Grimmen wurde am 23.01 abgenommen.
Grimmen — Der Bürgermeister

5. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 19.3.01 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Grimmen — Der Bürgermeister

6. Die Satzung über die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus dem Text, wurde am 19.3.01 von der Stadtvertretung gemäß § 10 BauGB beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.
Grimmen — Der Bürgermeister

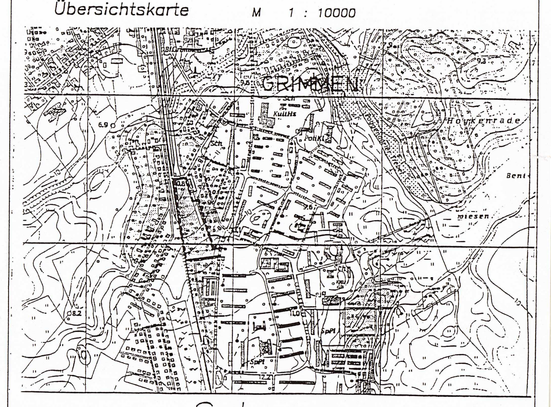
7. Die Genehmigung der Satzung über die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus dem Text, wurde mit Erlaß der höheren Verwaltungsbehörde vom ..... AZ ..... mit Nebenbestimmung genehmigt.
Grimmen — Der Bürgermeister

8. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Stadtvertretung erfüllt. Die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Erlaß der höheren Verwaltungsbehörde vom ..... AZ ..... bestätigt.
Grimmen — Der Bürgermeister

9. Die 2. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße" der Stadt Grimmen, bestehend aus dem Text, wird hiermit ausgefertigt.
Grimmen — Der Bürgermeister

10. Die Erteilung der Genehmigung für die 2. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße " der Stadt Grimmen sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist am ..... ortsüblich bekannt gemacht worden. Die 2. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 5.2 Wohnbebauung "Dr. - Kurt - Fischer - Straße" der Stadt Grimmen ist am ..... in Kraft getreten.
Grimmen — Der Bürgermeister

Übersichtskarte M 1 : 10000



über die 2. Änderung zum

Bebauungsplan Nr. 5.2

"Dr. Kurt-Fischer-Straße"

der Stadt Grimmen

Planverfasser

Ingenieurbüro
Voss & Muderack GmbH
Beratende Ingenieure - Vermessungsingenieure
Schwerinerstr. Chausee 4, 18437 Stralsund
Tel. 03831/22 00 - Fax: 280

Grimmen, im Mai 1997